

Klimawandel und Kulturwandel: Was passiert, wenn nichts passiert?

Ingolfur Blühdorn

Der Klimawandel wird weithin als die derzeit größte Herausforderung der Menschheit bezeichnet. Entsprechend ist der Klima-Gipfel in Kopenhagen zum Zentralereignis aufgebaut worden, bei dem sich nicht nur das Schicksal des Weltklimas, sondern auch das der Menschheit entscheiden würde. Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, dass es dort wohl keine nennenswerten Beschlüsse geben wird, jedenfalls keine, die in irgendeiner Relation zur Größe der beschworenen Herausforderung stünden. Die Verhandlungsführer sind nun bemüht, die Erwartungen wieder zu dämpfen, damit am Ende auch die unverbindlichste Absichtserklärung noch als historischer Erfolg präsentiert werden kann. Aber was passiert eigentlich, wenn in Kopenhagen tatsächlich nichts passiert?

Vergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal, was dort eigentlich verhandelt wird. Auf der Agenda stehen vor allem Emissionsbegrenzungen. Dabei ist bezeichnend, dass man sich auf den Emissionsoutput und nicht etwa den ungleich einfacher zu messenden Ressourceninput (Öl, Kohle, Gas) konzentriert. Eigentlich gilt dieser Ansatz des nach hinten verschobenen, nachsorgenden Umweltschutzes bereits seit den 90er Jahren als veraltet. Und wenn nun tatsächlich ein neues Reduktionsziel für den Ausstoß von Treibhausgasen vereinbart würde, wäre damit womöglich nicht viel gewonnen. Bekanntlich wurden die im Kyoto-Protokoll festgelegten Ziele weit verfehlt. Selbst in Europa haben die meisten Staaten ihre Emissionen deutlich erhöht, nicht gesenkt. Außerdem werden für die Umsetzung des Nachfolgeabkommens allgemein der Emissionshandel und die unterirdische Einlagerung von CO₂ als die wichtigsten Instrumente gepriesen. Der Emissionshandel jedoch blieb bisher ökologisch weitgehend wirkungslos, und die CO₂-Einlagerung – ein Paradebeispiel des veralteten End-of-Pipe Ansatzes – wird abgesehen von

ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Fragwürdigkeit technologisch überhaupt erst dann einsatzreif, wenn sich das vom Weltklimarat definierte Zeitfenster zur Abwendung der Klimakatastrophe bereits geschlossen hat.

Das Verhandlungsarrangement in Kopenhagen und die Mechanismen, mit denen etwaige Vereinbarungen umgesetzt werden sollen, sind also so aufgebaut, dass vor allem der rückversichernde Eindruck erzeugt wird, die Politik habe das Problem in seiner Dringlichkeit voll erkannt, während gleichzeitig sichergestellt bleibt, dass zunächst einmal möglichst nichts geschehen muss und das Problem zeitlich und räumlich verschoben werden kann. Ist also der Gipfel in Kopenhagen, wie schon Kyoto vorher, bereits im Ansatz das Gegenteil dessen, was zu sein er vorgibt – eine Veranstaltung im Dienst der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit? Zyniker könnten sagen, im Falle des Scheiterns wäre wohl nicht viel verloren. Oder anders herum, wenn die Verhandlungen ein „Erfolg“ würden, wäre damit noch keineswegs etwas wirklich Entscheidendes für die Stabilisierung des Weltklimas erreicht.

Doch das bedeutet nicht etwa Entwarnung! Denn der Klimawandel wird sich beschleunigen mit all seinen Folgen vom weiteren Niedergang der Artenvielfalt bis zur dramatischen Zunahme sozialer Konflikte und internationaler Flüchtlingsströme. Längst haben viele Klimawissenschaftler das berühmte 2°C-Ziel abgeschrieben und gehen von einer unvermeidbaren Erwärmung um 4°C aus, also von der Unvermeidbarkeit der Klimakatastrophe. Und nach der Logik, die seit Mitte der 80er Jahre in der Umweltpolitik hegemonial geworden ist, steuern wir geradlinig zu auf den Einsatz von ökologisch unkalkulierbaren und politisch unbeherrschbaren Geotechnologien, wie zum Beispiel die Düngung von Ozeanen mit Eisenoxid, um deren CO₂-Absorption zu erhöhen, das Einbringen von Schwefel

felstaub in die Stratosphäre, um die Sonneneinstrahlung zu vermindern, die Installation von Sonnenreflektoren im Weltraum oder die Niederschlagssteuerung durch künstliche Wolkenbildung. Das heißt, wir werden uns noch fester auf Strategien verlassen, von denen schon jetzt völlig klar ist, dass sie strukturell ungeeignet sind, das Klima- und Umweltproblem wirklich in den Griff zu bekommen.

Effizienztechnologien - Zukunftsmärkte

Dies sind die Strategien des primär auf technologische Innovation setzenden Umwelt- und Klimaschutzes, der ökologischen Industriepolitik und zuletzt des Green New Deal. Seit den 80er Jahren haben zunächst einzelne wissenschaftliche Vordenker, dann ganze Umweltinstitute diese Ansätze propagiert. In den 90er Jahren haben Grüne Parteien sie übernommen, und inzwischen haben diese Strategien den gesamten politischen Mainstream durchdrungen. Die Idee ist zunächst einfach und einleuchtend: Intelligente Technologien und innovative Managementverfahren können die Ressourceneffizienz von Herstellungsprozessen und Produkten erhöhen. Marktkonforme Instrumente wie Energiesteuern oder Emissionsabgaben können den Umweltverbrauch verteuern und Anreize zu umweltfreundlichem Verhalten bieten. Investitionen in ressourcensparende Technologien schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze, eröffnen neue Märkte und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit. Die alte Spannung zwischen der auf Profitabilität ausgerichteten Ökonomie und der auf den Erhalt der natürlichen Umwelt ausgerichteten Ökologie scheint sich damit zu verflüchtigen. Gerade seit der Krise des internationalen Finanzsystems verkünden Wissenschaftler und politische Eliten lauter denn je, Ökonomie und Ökologie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern der Umwelt- und Klimaschutz seien DER Wirtschaftsmotor der Zukunft.

Die Tatsache aber, dass der ökologische Fußabdruck individueller Lebensstile und ganzer Konsumgesellschaften fast ungebremst weiter wächst, zeigt an, dass mit diesen Strategien

etwas nicht stimmt. Gerade im Hinblick auf die sich rasant entwickelnden Schwellenländer sind sie ohne Zweifel wichtig, sogar unverzichtbar. Sie sind aber allein bei weitem nicht hinreichend. Tatsächlich klammern sie zum Beispiel große Bereiche, in denen es brauchbare Effizienztechnologien einfach nicht gibt, großzügig aus. Dort, wo sie greifen könnten, wirken Effizienzgewinne leicht als Verbrauchsanreiz und werden zudem durch parallel verlaufende Wachstumsprozesse schnell überkompensiert. Zudem kollidiert der innovationsorientierte Ansatz mit dem Nachhaltigkeitsprinzip der Langlebig- und Reparierbarkeit. Der technologische Fortschritt soll ja schnell voranschreiten und die Kunden zu regelmäßigen Neuanschaffungen anregen. Darüber hinaus scheitert die konsequente Umsetzung dieser Strategien regelmäßig daran, dass die Politik immer weniger die Kraft aufbringt, gegenüber konkurrierenden Interessen ökologisch ambitionierte Zielvorgaben fest- und durchzusetzen. Und schließlich bestärken diese Strategien gerade jene Logik, die eigentlich bereits in den 70er Jahren klar als der tiefste Grund für die Krise der Industriegesellschaft diagnostiziert worden war: die Logik der Rationalisierung, Beschleunigung, Flexibilisierung, Individualisierung, des Wettbewerbs und vor allem des unbegrenzten Wachstums. Selbst Grüne Parteien, die einmal bei der Kritik genau dieser Logik angesetzt hatten, haben sich ihr inzwischen bedenkenlos angeschlossen.

Die Strategien der „ökologischen Modernisierung“ und des Green New Deal haben das Umweltthema in ein naturwissenschaftliches und technologisch-administratives umformuliert. Sie haben es umfassend entpolitisiert und die Verantwortung an Naturwissenschaftler, Ingenieure und Manager verschoben. Dass diese Strategien jedoch alleine nicht tragfähig sein würden, dass sie letztlich eine Wende zur Nachhaltigkeit nicht erreichen können, sondern zum Instrument einer Politik der Nicht-Nachhaltigkeit werden würden, war lange schon absehbar. Dennoch haben in den 80er und 90er Jahren gerade Wissenschaftler im wohlverstandenen Eigeninteresse der

Erzählung von der naturwissenschaftlich-technischen Machbarkeit der Nachhaltigkeit zu hegemonialer Kraft verholfen. Wer aber auch heute noch im erzwungenen Gerangel um Forschungsgelder oder Wählerstimmen verkündet, der Klimaschutz sei der entscheidende Motor für eine „dritte industrielle Revolution“, die dann den Übergang in die nachhaltige Gesellschaft bahnen werde, der verschweigt wissent- und willentlich die engen Grenzen dieses vor allem auf wirtschaftspolitische Ziele ausgerichteten Ansatzes. Was aber wäre die Alternative zum technologie-, effizienz-, innovations- und wachstumsorientierten Umweltschutz? Oder besser: was wäre dessen notwendige Ergänzung?

Lebensstilfragen und Kulturwandel

Grundsätzlich lassen sich vier wechselseitig miteinander verbundene Ebenen unterscheiden, die eine Politik der Nachhaltigkeit zu bedenken hat. Dies sind zunächst die menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Behausung oder Fortbewegung, die zwar für einen Großteil der Menschheit unerfüllt bleiben, die aber als solche generell unbestritten sind. Auf der nächst höheren Ebene liegen die kulturspezifischen Konkretisierungen dieser Grundbedürfnisse, also gesellschaftlich ausgehandelte Erwartungsnormen und Anspruchshaltungen. Auf der dritten Ebene liegen die Infrastrukturen in denen diese kulturell geprägten Normen praktisch realisiert werden sollen. Und auf der obersten Ebene liegen die Technologien und Managementpraktiken, mit denen die jeweiligen Infrastrukturen ausgestaltet werden. Die bisherige Nachhaltigkeitspolitik konzentriert sich mit ihren Strategien der Effizienzinnovation fast ausschließlich auf diese oberste Ebene. Nur ganz gelegentlich, zum Beispiel wenn Grüne Parteien von einer Verkehrs- oder Energiewende sprechen, kommt die nächst tiefere Ebene ins Spiel. Die dritte Ebene aber, also die der gesellschaftlich ausgehandelten Konkretisierung von menschlichen Grundbedürfnissen, ist bisher beinahe vollständig ausgeklammert geblieben. Hier anzusiedelnde Fragen des Lebensstils und Kulturwandels wer-

den in der Umweltpolitik kurzerhand für nicht mehrheits- und verhandlungsfähig erklärt. Dabei ist angesichts der offensichtlichen Unzulänglichkeit der auf techno-administrative Effizienzgewinne zielenden Ansätze unübersehbar geworden, dass eine ernsthafte Wende zur Nachhaltigkeit gerade hier ansetzen muss. Eine Repolitisierung etablierter Verständnisse von Individualität und Selbstverwirklichung, eine Neuverhandlung der gerade von den Konsumeliten für selbstverständlich gehaltenen Ansprüche auf Mobilität und Freiheitsentfaltung ist unverzichtbar. Und der auf Ressourceneffizienz ausgerichtete Ansatz kann überhaupt erst dann wirklich wirksam werden, wenn ein gesellschaftlicher Diskurs darüber eröffnet worden ist, was im Verweis auf diese Normen als Ressource (also als zu schützender Wert) zu erachten ist, und unter welchen Bedingungen deren Nutzung als effizient betrachtet werden soll. Dies sind keine naturwissenschaftlich-technischen, sondern ausschließlich politische Fragen. Solange sie nicht neu zur Verhandlung gestellt werden, kann kein ordnungspolitischer Rahmen für den Wandel zur Nachhaltigkeit festgesetzt und praktisch durchgesetzt werden.

In den Frühzeiten der Umweltbewegung hatte schon einmal weitgehende Einigkeit bestanden, dass eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft in den reichen Ländern einen umfassenden Kultur- und Lebensstilwandel voraussetzt. Bei den Vordenkern der politischen Ökologie war die Rede gewesen von einer „radikalen Transformation der Bedürfnisse und Bestrebungen“ auf „kultureller und materieller Ebene“. Eine „qualitativ andere Gesellschaft“ sollte einen „Bruch mit der herkömmlichen Erfahrung von Welt“ bedeuten, und es hatte einigen Optimismus gegeben, dass das Leiden an der für den Konsumkapitalismus charakteristischen „enthumanisierenden Technologie“, der „geistig-kulturellen Verelendung“ und der „verstümmelten Sinnlichkeit“ eine „Revolte gegen die Konsumgesellschaft“ auslösen würde. Marcuse, Bahro, Petra Kelly und viele andere hatten ein „zunehmendes Krisenbewusstsein in der Öffentlichkeit“ diagnostiziert, und geglaubt, „psy-

chologisch habe der Exodus aus dem kapitalistischen Industriesystem schon begonnen“. Dann aber begannen die Propheten der techno-effizienten Management-Strategien zu insistieren, ökologische Nachhaltigkeit lasse sich durchaus auch ohne fundamentalen Kulturwandel verwirklichen, und mit dem Zusammenbruch des Sozialismus gewann der Konsumkapitalismus erst richtig an Fahrt.

Das Dilemma der Klimapolitik

Nachdem sich die Lehre der techno-effizienten Modernisierer inzwischen aber als falsch oder zumindest in hohem Maße unzureichend erwiesen hat, müsste eine aussichtsreiche Politik der Nachhaltigkeit eigentlich wieder bei den Denkformen der politischen Ökologie anknüpfen. Sie müsste einen erneuten Versuch unternehmen, den emanzipativen Diskurs der Selbstverwirklichung und den ökologischen Diskurs der Selbstbegrenzung zusammenzudenken. Sie müsste das vorherrschende Verständnis von Freiheit als Maßlosigkeit überwinden und die Befreiung von den Systemzwängen des Wachstumskapitalismus neu entdecken. Und sie müsste etablierte Anspruchshaltungen und Erwartungsnormen am Kriterium der Umweltgerechtigkeit neu ausrichten. Allerdings ist heute unklarer denn je, was einen solchen Werte- und Kulturwandel politisch vorantreiben könnte. Zwar ist das Leiden an dem Gesellschaftssystem, das die Menschen systematisch auszehrt, das soziale Ungerechtigkeit und Konflikte schürt, und Umwelt und Klima wortwörtlich verheizt, keineswegs verflogen. Doch die systemischen Zwänge sind stärker denn je, und das Versprechen eines wahrhaft erfüllenden Lebens jenseits des Massenkonsums, des Innovationsrausches und der unbegrenzten Mobilität hat für die Mehrheit jede Überzeugungskraft verloren. Die politische Mobilisierung gegen die dominanten Wertepreferenzen und Gesellschaftsstrukturen ist daher kaum noch eine realistische Perspektive.

So scheint der notwendige Kulturwandel *de facto* ausgeschlossen und die Ökologisierung des Lebensstils bleibt –

als Lifestyle-Statement – weitgehend auf den additiven Konsum im LOHAS-Luxus-Segment beschränkt. Für den Klima- und Umweltschutz ließe das dann doch nur den schmalen Weg der technologischen Effizienzrevolution. Der aber wird bestenfalls für die globalen Konsumeliten den offensichtlich nicht-nachhaltigen Status Quo noch etwas verlängern, während sich die daraus erwachsenden sozialen Konflikte weiter verschärfen. Und es bleibt das fatale Dilemma, dass diese Strategien auf die nachhaltige Nutzung von *materiellen* Ressourcen zuarbeiten, während sie gleichzeitig jene *kulturellen* Ressourcen weiter auszehren, die für die effektive Anwendung von Effizienztechnologien und für eine Wende zur Nachhaltigkeit überhaupt unverzichtbar sind.

Die Repolitisierung etablierter Freiheitswerte und Lebensstile mag schwierig sein und entsprechende Fragen mögen selbst engagierten Umweltpolitikern als zu heisses Eisen erscheinen. Klar aber ist: Wenn es nicht gelingt, auf demokratisch verhandeltem Wege einen Kultur- und Lebensstilwandel zu vollziehen, dann wird dies für eine breite Mehrheit weiterhin auf post-demokratischem und neo-autoritärem Wege geschehen – im Kampf der Konsumeliten gegen „Wohlstandsneider“, Umweltflüchtlinge und Klimademonstranten. Das im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels von der dänischen Regierung verabschiedete „Lümmelpaket“ gegen den erwarteten Aufmarsch von Umweltaktivisten ist nur ein weiteres Anzeichen dafür, dass der Klimawandel geradewegs in die autoritäre und repressive Gesellschaft führt. Das passiert, wenn nichts passiert! Aber auch das haben die Vordenker der politischen Ökologie schon einmal klar ausgesprochen. Ob Grüne Parteien wohl noch die Kraft haben, sich darauf zurückzubedenken?

Ingolfur Blühdorn ist Associate Professor für politische Soziologie an der University of Bath (GB). Zu seinen jüngeren Publikationen zählen *“The Politics of Unsustainability: Eco-Politics in the Post-Ecologist Era”* (Routledge, 2008) und *“In Search of Legitimacy: Policy-Making in Europe and the Challenge of Complexity”* (Budrich, 2009).